

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 12. 34. Jahrg.

18. März 1921

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Westpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N29, Elsenferstr. 86-88, 111. Redaktionsschlag:
Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N29. Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. p. Zeile Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachung. Randbemerkungen zur Urabstimmung. Rundschau. Josef Buchner f. Wir und die Akademie der Arbeit. Indexziffern. — **Allgemeines:** Wie weit ist unser Gewerbe Luxus. Ortsberichte: Berlin, Offsetdrucker; Göppingen; Neurode. — **Photograph. Mitarbeiter:** Lohnbewegung der Photographen in Dresden. — **Graph. Technik:** Verstärkung feinsten Strichzeichnungen bei offener Linienhaltung in wissenschaftlicher Beleuchtung. II. — **Adressenänderungen.** — **Totenliste.** — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An alle Orts- und Gauvorstände
sandten wir unterm 7. März Rundschreiben Nr. 30. Das Rundschreiben enthält unter anderem Mitteilung über den Ausgang der Wahl zur Arbeiter-Akademie Frankfurt a. M., Statistikfragen, Ausgang der Urabstimmung, Tarifliches, Graphischer Bund und Graphische Betriebsräte-Zeitung und einiger anderer, wichtiger Dinge.

Sollte irgendwo diese Sendung nicht eingegangen sein, so bitten wir um sofortige Mitteilung, damit Zusendung noch einmal erfolgen kann.

Der Verbandsvorstand.

Randbemerkungen zur Urabstimmung.

Urabstimmungen im Verbandsleben sind stets ein Ereignis. Nur bei wichtigen, über die Verbandssatzungen hinausgehenden Fragen tritt die Urabstimmung als entscheidender Faktor im Verbandsleben auf. Sie befragt jedes einzelne Mitglied im konkreten Falle um seine Meinung und bestimmt, wie im einzelnen Falle vom Verband und seinen Verwaltungsstellen in Zukunft zu handeln ist. Sie ist der sinnfälligste Ausdruck des in den freien Gewerkschaften herrschenden Geistes der Demokratie, aus dessen logischer Konsequenz ganz von selbst die Verpflichtung zur Teilnahme jedes Einzelnen an einer Urabstimmung hervorspringt.

Inwieweit die moralische Verpflichtung zur Stimmenabgabe bei der letzten Urabstimmung in unserem Verband, die darüber zu entscheiden hatte, ob dem Verband eine erhöhte Kampf- und Schlagkraft gegeben werden sollte, dem einzelnen Kollegen im Bewußtsein war, mag nachstehende, nach Gauen geordnete Aufstellung darlegen. Es gaben Stimmen ab im:

Gau:	Frage 1		Frage 2		Mitgliederzahl am 31. 12. 1920
	ja	nein	ja	nein	
Gau 1 (Berlin)	861	282	876	289	4428
„ 2 (Breslau)	237	124	239	108	568
„ 3 (Hamburg)	528	164	459	149	1743
„ 4 (Köln)	596	236	412	159	1576
„ 5 (Leipzig)	1234	462	997	508	4277
„ 6 (Dresden)	432	180	292	109	1713
„ 7 (Frankfurt a. M.)	276	223	180	260	1214
„ 8 (Karlsruhe)	219	242	185	238	1084
„ 9 (München)	382	71	230	49	1189
„ 10 (Nürnberg)	268	93	225	31	1124

Von 19096 am 31. Dezember 1920 vorhandenen Mitgliedern wurden zur Frage 1 nur 7120 gültige Stimmen abgegeben; das sind nur 37%. Von 100 Mitgliedern blieben immer 63 Kollegen lieber heim hinter warmen Ofen hocken und begaben sich ihres Rechts, mit

darüber zu bestimmen, ob der Verband auch in Zukunft kampfkraftig genug sein soll. Das ist, mit wenigen aber deutlichen Worten gesagt, einfach ein skandalöser Zustand, der unter allen Umständen aus der Welt geschaffen werden muß. Es wird ja auch in Zukunft nicht so leicht möglich sein, bei ähnlichen Anlässen alle Mitglieder zur Stimmenabgabe zu veranlassen, aber ein bedeutendes Mehr an Interesse an den eigenen Angelegenheiten muß doch Einzug halten. Andernfalls begeben wir uns selbst des Rechts, durch Urabstimmung in bestimmender Weise auf die Gestaltung und das Wesen des Verbandes einzuwirken und geben jenen Kreisen Recht, die die Demokratie in den Gewerkschaften als ein von der Praxis ausgeschlossenes Zierstück betrachten.

Aber auch nach anderer Richtung hin hat die Urabstimmung Mängel an die Oberfläche gespült, die unbedingt einer Besprechung unterzogen werden müssen. Es ist durchaus verständlich, daß bei einer Beratung darüber, ob der wöchentliche Verbandsbeitrag von 3 Mk. auf 5 Mk. erhöht werden soll, die zurzeit tatsächlich bezahlten Löhne in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden und die Frage dabei erörtert wird, wie die noch immer unzureichenden Löhne erhöht werden könnten. Obwohl uns, wenigstens zumindest seit Ausbruch der Revolution, diese Frage ununterbrochen beschäftigt hat und ganz zweifellos Fortschritte in der Lohngestaltung zu verzeichnen sind, bleibt doch immer ein Minus bestehen. Dieses Minus soll und muß noch beseitigt werden! Darüber besteht auch nicht die geringste Meinungsverschiedenheit. Aber nachdem der Verbandstag ganz unzweideutig Tarifverträge als die gegenwärtig bestgeeignete Form der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse bezeichnet hat und in den abgeschlossenen Tarifen auch die vierteljährliche Lohnregulierung vorgesehen ist, müssen diese abgeschlossenen Tarife gehalten werden. Da außer der Portraitphotographie für alle übrigen Branchen Reichstafel bestehen, die ebenfalls nur durch Urabstimmung Gültigkeit erhalten haben, kann nur im Rahmen dieser Tarifverträge eine Lohnregulierung erfolgen. Unter solchen, der Kollegenschaft durchaus wohlbekannten Verhältnissen vom Verbandsvorstand anlässlich der Urabstimmung zu fordern, alle Streiks anzuerkennen, wie es von einigen Seiten geschehen ist, zeugt nicht von besonderer Erfassung der tatsächlichen Verhältnisse. Selbst wenn der Verbandsvorstand derselben Meinung wäre — das Gegenteil trifft zu — dürfte er schon auf Grund der Magdeburger Verbandsstagsbeschlüsse nicht so handeln. Das scheint auch ein Teil der Kollegen einzusehen, die aber trotzdem auf ein Extränzchen glauben nicht verzichten zu können. Sie legten deshalb ein »Nein« in die Abstimmungsurne betreffend Beitragserhöhung und beschlossen fürßaß, zur Führung von örtlichen Kämpfen den Lokalbeitrag auf 1,50 Mk. zu erhöhen. Sie glauben, durch Sammlung von Mitteln am Ort unabhängig von der Allgemeinheit zu sein und so besser ihre Interessen vertreten zu können. Abgesehen von der rapiden organisatorischen Konzentration, die sich im Unternehmerlager vollzieht, zeigt eine solche Anschauung eine solche totale Verknüpfung der

wirtschaftlichen Entwicklung, daß man darüber nur erstaunt sein kann und das Verhalten dieser Kollegen Veranlassung sein muß, ihnen einmal auseinanderzusetzen, daß die Kämpfe der Neuzeit nicht mit den Waffen aus den Anfängen der Arbeiterbewegung siegreich ausgefochten werden können. Der Schrei nach dem Industrieverband, der ja auch in allen Variationen aus den Wogen der Urabstimmung hervorgeklungen ist und sich sogar zu der Formel verdichtet hat: »Nur der Industrieverband kann uns retten«, zeugt ja von direkter gegenteiliger Ansicht sozialistengesetzlicher Gewerkschaftsstrategie, schießt aber, in sein Rettungsgewand gepreßt, auch übers Ziel hinaus. Denn retten kann uns nur der Sozialismus, die klassenlose Wirtschaft und Gesellschaft!

Da gerade vom Sozialismus die Rede ist und die in den Gewerkschaften jetzt lebhafter als je gepflogenen Auseinandersetzungen sich ausschließlich um den besten und kürzesten Weg dorthin drehen, sei gleich mit auf den Einwand eingegangen, daß Kollegen kommunistischer Parteizugehörigkeit erst für verstärkte Kampfkraft des Verbandes eintreten könnten, wenn ihre Mitgliedschaft im Verbandsverbande sichergestellt sei. Es sei bei dieser Gelegenheit erneut betont, daß weder religiöse noch parteipolitische Orientierung des Einzelnen ausschlaggebend für die Mitgliedschaft im Verbandsverbande ist und auch sein kann. Wer die Satzungen des Verbandes anerkennt und danach handelt und die gefaßten Beschlüsse als zu recht bestehend beachtet, hat nicht die geringste Ursache, zu erwarten, aus der Verbandsgemeinschaft entfernt zu werden. Wer allerdings anstrebt, den Verband den Intensionen Fernstehender zu unterstellen, muß damit rechnen, die Konsequenzen solcher Handlung tragen zu müssen. Das kann auch gar nicht anders sein. Entweder der Verband setzt selbst fest, was für alle Mitglieder gültig und Gesetz ist oder aber er gibt seine Selbständigkeit auf.

Ein anderes Kapitel bilden die Gründe, die sonst noch gegen eine Erhöhung der Schlagfertigkeit des Verbandes vorgetragen worden sind. Soweit der Teil der Kollegen in Frage kommt, der noch heute in anderen Berufen sein Brot suchen muß, und gegen eine Erhöhung des Beitrages gestimmt hat, läßt sich außer dem Einwand einer allgemeinen Kurzsichtigkeit nicht viel sagen. Es ist nicht abzustreiten, daß der Verband nur bedingt in der Lage ist, auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuwirken. Ebenso sind die Kollegen bei der Entscheidung über die vorgeschlagene Beitragserhöhung nicht auf ihre Rechnung gekommen, die den Verband lediglich als Unterstützungskasse betrachten. Wenn selbst beide Kollegenkategorien zusammengerechnet als Neinsager in die Rechnung eingesetzt werden, ist die Zahl der mit »Nein« stimmenden Kollegen doch noch nicht erreicht. Erst die dem Abstimmungsergebnis beigelegten Zeilen geben den richtigen Schlüssel für der Frage Lösung, zugleich aber auch die wirklichen »durchschlagenden« Gründe an, die bei der Entscheidung den Ausschlag gaben. Da stimmte eine Mitgliedschaft geschlossen gegen die Beitragserhöhung, weil in der Stadt N. N. im gleichen Gau der Reiskorn 30 Pfg. billiger ist

als daheim und dort auch noch nach dem Tarif Ortszuschlag gezahlt wird. Eine andere Mitgliedschaft verlangt äußerste Sparsamkeit im Verbandsrat, stimmt zu $\frac{2}{3}$ gegen die Beitrags-erhöhung und — bringt zwei Kollegen für die Frankfurter Arbeiter-Akademie in Vorschlag. Einige Mitgliedschaften gingen sogar dazu über, Forderungen an den Verbandsvorstand zu stellen, von deren Erfüllung sie ihre Zustimmung zur Beitrags-erhöhung abhängig machten, als kluge Menschen aber einstweilen gegen die Erhöhung stimmten. Befinden sich diese Kollegen wirklich in dem Glauben, daß die erhöhten Beiträge dem Verbandsvorstand zugute kommen und man deshalb auch an diese Adresse Forderungen stellen kann? Nur um an einem Beispiel zu zeigen, wie wenig die Kollegen über die auf Generalversammlungen gefaßten Beschlüsse orientiert sind, die auch für den Verbandsvorstand Geltung haben, seien folgende, dem Verbandsvorstand gestellte Forderungen als Ausgleich für eine Zustimmung zur Beitragserhöhung bekanntgegeben: 1. Sofortige Inangriffnahme der Gründung des Industrieverbandes auf der Grundlage des Betriebsrätesystems. 2. Alle Macht den Betriebsräten. 3. Volle Unterstützung bei Streiks, ganz gleich welcher Art. Ferner soll der Verbandsvorstand dafür sorgen, daß Orgesch und Einwohnerwehren entworfen werden und die Bewaffnung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften erfolgt. Sind denn diese Kollegen vom Monde gefallen? Wenn es in der Macht des Verbandsvorstandes und all der ehrenamtlich oder besoldet tätigen Verbandsfunktionäre läge solche Forderungen zu erfüllen, wären sie schon längst erfüllt und die uns wahrseindlich in nächster Zeit sehr stark beschäftigenden Dinge gehörten längst der Vergangenheit an.

Noch eine ganze Reihe vollständig abseits vom Verbands- oder Gewerkschaftsleben liegender Dinge hat die Urabstimmung in der Erscheinung gedrängt, die aber mit Macht darauf hinweisen, mehr denn je an der eigenen Fortbildung zu arbeiten. Denn nur eine eingehende Schulung aller Glieder der Arbeiterklasse gibt die einzige Gewähr dafür, die große, der Arbeiterklasse historisch gestellte Aufgabe erfüllen zu können. Es sei auch in diesem Zusammenhange betont: *Der Sozialismus ist keine Messer- und Gabelfrage, sondern ausschließlich eine Kulturfrage*, die nicht mit den Waffen in der Hand, mit Mord und Totschlag, sondern nur mit dem Geiste gelöst werden kann. Je mehr der einzelne Wissenschaft und Gesellschaft und ihre treibenden Kräfte kennt, um so besser wird er in der Lage sein, für den Sozialismus wirken zu können und die Kräfte abzuschätzen, die auch im Verbandsleben nicht nur mit Worten, sondern auch durch die Tat eingesetzt werden müssen. Männer der Tat brauchen wir notwendiger denn je! Auch in unserm Verbandsleben. Sorgen wir überall, wo sich nur Gelegenheit bietet, für Aufklärung, vor allen Dingen über wirtschaftliche Fragen, damit die große Zeit, in der wir trotz vieler körperlichen und geistigen Not leben, von uns mit Bewußtsein erlebt wird und die noch immer zahlreichen Schlägen an uns recht bald abgestreift werden. Die geübte Kritik an einigen durch die Urabstimmung besonders hervorgeprägten Erscheinungen mag Veranlassung sein immer wieder jedem einzelnen Kollegen den Wunderdoktor *Selbstkritik* in Erinnerung zu bringen. Wir kommen auch im Verband nur vorwärts, wenn wir, den Blick fest auf das Ziel gerichtet, alle Hindernisse auf dem Wege der realen Tatsachen beseitigen, die große Heerstraße der kollegialen Einigkeit wandern und immer offen aussprechen was ist.

Rundschau.

Starke Zunahme der Erwerbslosigkeit in Deutschland. Die Erwerbslosigkeit hat im Monat Januar eine weitere ganz bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Voll- und Teil-erwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich nämlich von 457 000 auf 495 000 gestiegen. Berücksichtigt man daß infolge der Beschränkungen, die für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehen, nach den bisherigen Schätzungen nur etwa die Hälfte der tatsächlichen Erwerbslosen die Unterstützung erhalten, so dürften zurzeit etwa zwei Millionen Menschen in Deutschland das gewohnte Arbeitseinkommen entbehren. Hierzu tritt die Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der aus Mangel an Arbeitsgelegenheit verkürzt beschäftigten und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Teilstatistiken auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden muß. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10 v. H. der deutschen Gesamtbevölkerung vollständig oder zu einem wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung. Durch Verordnung vom 18. Febr. 1921 sind nunmehr die in den Kommunalverbänden errichteten Demobilisierungsausschüsse bis zum 31. März 1921 aufzulösen. Die Landeserziehungsbehörden oder die von ihr zu bezeichnende Stelle kann jedoch die einem Demobilisierungsausschuss verbleibenden Aufgaben einem anderen Ausschuss übertragen, unter dessen Mitgliedern sich eine gleiche Anzahl von Arbeitgeber und Arbeitnehmern befinden muß. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt, zu welchem das Amt der Demobilisierungskommissare durch die Landeserziehungsbehörden aufzuheben ist. Die Anordnungen der Reichsministerien und der übrigen Demobilisierungsbehörden auf Grund der wirtschaftlichen Demobilisierung betreffenden Befugnisse treten mit dem 31. März 1922 außer Kraft, sofern nicht durch Gesetz oder besondere Anordnung ein früherer Zeitpunkt bestimmt ist. — Während der Zeit der Demobilisierung ist in Wirklichkeit für die Arbeiter eine Beschränkung der Freizügigkeit eingetreten. Um den Zuzug ortsfremder Personen von den Großstädten mit Rücksicht auf die dort herrschende große Arbeitslosigkeit noch fernzuhalten, sieht wohl die Verordnung an Stelle des Demobilisierungsausschusses einen anderen Ausschuss vor. Wichtig ist, daß dieser zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt werden muß. Auch für die Zukunft ist unsern Kollegen noch der dringende Rat zu erteilen, vor der eventuellen Abreise nach einer anderen Stadt bei den Verbandsinstanzen Erkundigungen über die dortigen Arbeitsverhältnisse, besonders in unserm Berufe einzuziehen.

Josef Buchner †.

Kollege Josef Buchner Steindrucker ist nach kurzem Krankenlager am Sonntag den 27. Febr. 1921 gestorben. Mit ihm verlieren wir einen unserer tüchtigsten Kollegen der seit seiner Wiederkehr von Budapest im Jahre 1897 ohne Unterbrechung mit großer Arbeitsfreude und großem Wissen für den Verband wirkte. Unter seinem Vorsitz wurde im Jahre 1905 der erste Oristarif für Lithographen und Steindrucker mit dem Verein Münchener Lithographie- und Steindruckerbesitzer abgeschlossen, der nicht nur die Münchener Kollegen von den großen Aussparungen 1906 und 1911 verschonte, sondern auch grundlegend für den heutigen Zentarif war. Als Gauvorstand wendete er sich in den letzten Jahren der Photographenbewegung zu, die er sowohl organisatorisch, wie durch Abschluß von Tarifen auf eine mustergiltige Höhe brachte. Ohne äußeren Glanz und klingenden Lohn entfaltete er seine Tätigkeit, bei der er so manches Mal als Opfer auf der Strecke blieb, oft wochenlang als Gemeindegeliebter mit den Selten darben mußte, bis endlich im Oktober 1911 eine Anstellung in der Allgemeinen Ortskrankenkasse Münchener Stadt ihn von diesen Sorgen befreite. Wie groß die Achtung und das Vertrauen zu dem Dahingegangenen war, hat die Teilnahme an dem, am Mittwoch, den 2. März 1921 stattgefundenem Begräbnis bewiesen. Außer den vielen Kränzen und Blumen machten sich eine große Anzahl Kollegen frei, um ihrem Freund Buchner die letzte Ehre zu geben. Ein ehrendes Andenken in unserem Verbandsrat bleibt ihm gesichert.

Wir und die Akademie der Arbeit.

Es ist ein scheinender Grundsatz der Gewerkschaften, der auch im § 1 unseres Statutes zum Ausdruck kommt, durch Vorträge und die Fachpresse die Mitglieder für ihre gewerkschaftlichen Aufgaben zu schulen und durch soziale, technische und wissenschaftliche Belehrung ihre geistigen Interessen zu fördern. Zu untersuchen, inwieweit die Gewerkschaften diese Aufgabe erfüllt haben, mag in diesem

Zusammenhange dahingestellt bleiben, ebenso, ob die Gewerkschaftspresse ihren Aufgaben voll gerecht werden konnte. Doch sei betont, daß die Gewerkschaftspresse ob der unendlich mannigfaltigen sonstigen Aufgaben etwas stiefmütterlich behandelt worden ist und durch den Verlauf der Dinge mehr Kampf- als Bildungsorgan sein mußte.

Ähnlich erging es auch den Gewerkschaften. Die geplante Bildungsarbeit durch Vorträge und Kurse wurde immer wieder durch wirtschaftliche Kämpfe unterbrochen und nur wenige Gewerkschaften vermochten dauernd und planmäßig die Schulung ihrer Mitglieder durchzuführen. Trotz aller Hemmnisse und Schwierigkeiten ist aber doch von den Gewerkschaften eine ungeheure Kulturarbeit geleistet worden, die um so höher anzuschlagen werden muß, je größer die zu überwindenden Schwierigkeiten waren.

Diese Bildungsarbeit der Gewerkschaften, gleichviel in welcher Form sie sich zeigte, erhielt durch den Krieg einen gewaltigen Stoß. Galt es ja auch in erster Linie die Existenz der Gewerkschaften sicher zu stellen. Aber der nach dem Kriege einsetzende Zustrom der Arbeiter zu den freien Gewerkschaften und die mit der beginnenden Umwälzung sich immer fühlbarer machende Not an geeigneten Kräften in der Arbeiterschaft stielte das Bildungsproblem erneut in den Vordergrund. Die den Betriebsräten zugewiesenen riesenhaften Aufgaben schrien direkt nach geeigneter Unterweisung und auf örtlicher Basis ist zunächst viel und vielerlei geleistet worden. Daß aber immer und überall bei Auswahl des Stoffes und der Lehrer eine glückliche Hand obwaltete, kann nicht gerade behauptet werden. Soll ein wirklich sichtbarer, der Arbeiterschaft zugute kommender Erfolg erzielt werden, dann muß nicht nur die Ausbildung der Betriebsräte, sondern die Ausbildung der Gesamtarbeiterschaft von einer Stelle, von großzügigen Gesichtspunkten aus in die Hand genommen werden.

Dieser Arbeit hat sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund unterzogen und der Neuaufbau geeigneter Bildungsstätten ist im Gange. Die bisher besonders offenkundige und fühlbare Lücke, in den wirtschaftlichen und sozialen Prozeß einzudringen, ist wenigstens bis zu einem gewissen Grade geschlossen worden. Die sich im Gange befindlichen Bestrebungen, die Frankfurter Universität zu finanzieren, gaben Gelegenheit, als Vorbedingung einer finanziellen Hilfe die Angliederung einer Akademie der Arbeit zu fordern. Die Verhandlungen, an denen außer den sonst noch Beteiligten auch Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes teilnahmen, führten nach Überwindung vieler Schwierigkeiten zum Abschluß nachstehenden Vertrages, aus dem die Kollegen gleich als Gerippe der neuen Akademie der Arbeit erkennen können:

Der Preussische Staat (Unterrichtsverwaltung), vertreten durch den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und die nachbenannten Verbände:

1. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, 2. Allgemeiner freigewerkschaftlicher Angestelltenbund, 3. Deutscher Gewerkschaftsbund, 4. Gewerkschaft der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, 5. Deutscher Beamtenbund schließen folgenden Vertrag: Die Preussische Unterrichtsverwaltung plant in Frankfurt a. M. Einrichtungen für eine nachschulmäßige Ausbildung nicht akademisch vorgebildeter Personen aus den Kreisen namentlich der Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Wahrnehmung ihrer Tätigkeit in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Selbstverwaltung. Eine Ausbildung für Zwecke der höheren Staatsverwaltung ist nicht beabsichtigt. Fachbildung und parteipolitische Schulung werden dabei ausgeschlossen sein. Die vertragschließenden Verbände haben ihre Mitwirkung an diesen Einrichtungen grundsätzlich in Aussicht gestellt. Dabei sind die Vertragschließenden darin einig, daß die geplante Veranstaltung eine systematische Hochschulbildung übermitteln und nach Ziel und Methode von kurzfristigen Kursen zur Schulung von Betriebsräten und Arbeiterführern grundsätzlich verschieden sein soll. Die vertragschließenden Parteien beabsichtigen nicht, die unterrichtlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Veranstaltung schon jetzt für die Dauer zu bestimmen. Vielmehr beschränken sie sich heute auf eine Regelung für 1 Jahr und erklären hierzu ihre Übereinstimmung in folgenden Punkten.

§ 1. Vom 1. April ab wird die Unterrichtsverwaltung zunächst für 2 Semester zu je 4 Monaten Hochschulunterricht für die vorstehend genannten Interessenten einrichten. Zwischen den beiden Semestern sind 4 Wochen Ferien in Aussicht genommen. Zugelassen werden Hörer beiderlei Geschlechts. Vorausgesetzt wird, daß die Teilnehmer das zum erforderlichen Besuch der Veranstaltung ausreichende Alter und die notwendige Reife des Geistes und Charakters besitzen und eine bestimmte Berufsbildung und längere Berufstätigkeit nachweisen. Die vertragschließenden Verbände werden

die von ihnen entsandten Hörer nach eigenem Ermessen auswählen.

Die Unterrichtsverwaltung kann geeignete, von anderer Seite, insbesondere von wirtschaftlichen oder kommunalen Verbänden und Unternehmungen vorgeschlagene Personen unter den gleichen Bedingungen zulassen. Im zweiten Semester bleibt eine angemessene Erhöhung der Teilnehmerzahl vorbehalten, wenn die unterrichtlichen Erfahrungen des ersten Semesters das rechtfertigen. Die präsentierenden Unternehmungen und Verbände tragen die gesamten Unterhaltskosten der von ihnen ausgewählten Teilnehmer und zahlen für jeden Teilnehmer am Beginn jedes Semesters 300 Mk. Hörergebühr zur Abgeltung aller unterrichtlichen Aufwendungen. Sie stehen dafür ein, daß die von ihnen übernommene Zahl von Teilnehmern bei dem etwa notwendigen Ausweis von Hörern erhalten bleibt.

§ 2. Der Unterricht wird hauptsächlich Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Rechts- und Staatslehre, daneben naturwissenschaftliche Lehren sowie Grundlagen einer philosophischen Bildung behandeln. Er wird hochschulmäßig mit besonderer Betonung der Gemeinsamkeit von Arbeit und Umgang gestaltet werden. Den Lehrplan wird der Akademieleiter (§ 3) unter der Mitwirkung der sachverständigen Organe der Unterrichtsverwaltung und nach Benehmen mit dem Hörerausschuß (§ 3) ausarbeiten. Für das erste Semester wird ein vorläufiger Lehrplan von dem Akademieleiter im Einvernehmen mit der Unterrichtsverwaltung und dem in § 4 genannten Ausschuß aufgestellt werden.

Die Oberleitung wird ein Akademieleiter führen. Er wird von der Unterrichtsverwaltung bestellt werden und in allen Fragen des Unterrichts ausschließlich ihr verantwortlich sein. Auch die übrigen hauptamtlichen Lehrer werden auf Vorschlag des Akademieleiters von der Unterrichtsverwaltung berufen werden. Bei der Auswahl des Leiters, der hauptamtlichen und der im folgenden Absatz genannten Lehrer wird die Unterrichtsverwaltung nicht gegen den ausgesprochenen Willen der Vertragsschließender verfahren. Bei der Behauptung grundsätzlich wichtiger wirtschaftlicher Fragen werden den Weltanschauung der Hörer nahegehende Dozenten beteiligt werden. Die Hörer wählen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl für je 1 Semester 6 Teilnehmer in einen Hörerausschuß, der die Wünsche der Hörer in Angelegenheiten des Unterrichts bei dem Akademieleiter und durch dessen Vermittlung bei der Unterrichtsverwaltung geltend gemacht wird. Nach Benehmen mit ihm werden die zur Ausgestaltung des Unterrichts erforderlichen nebenamtlichen Lehrkräfte aus den Kreisen der Universitätslehrer und geeigneter sonstiger Persönlichkeiten (Praktiker) vom Akademieleiter der Unterrichtsverwaltung zur Berufung vorgeschlagen. Für das erste Semester werden sie von der Unterrichtsverwaltung im Benehmen mit den zu 4 genannten Ausschuß ausgewählt werden. Die Regelung der Anstellungsbedingungen bei den hauptamtlichen und nebenamtlichen Lehrkräften ist Sache der Unterrichtsverwaltung.

§ 4. Zur Unterstützung des Akademieleiters in der äußeren Verwaltung wird ein Ausschuß von 6 Mitgliedern gebildet.

Die Vertragsschließenden sind über die folgenden 6 Herren einig: 1. den Honorarprofessor Dr. Desauer, 2. den Dr. Einsteil, 3. den Professor Dr. Pape, 4. den Gewerkschaftsbeamten Thomas, 5. den Professor Dr. Stein, 6. den Professor Dr. Tizzo sämtlich in Frankfurt. Kompetenzstreitigkeiten entscheidet die Unterrichtsverwaltung. Die Verantwortung für die äußere, namentlich die finanzielle Verwaltung, trägt gegenüber dem Staat der Akademieleiter.

§ 5. Die Unterrichtsverwaltung wird dafür sorgen, daß — aus preußischen oder Reichsmitteln — sämtliche Kosten der Veranstaltung mit Ausnahme der Unterhaltskosten und der Hörergebühr der Teilnehmer gedeckt und daß von der Universität die Unterrichtsräume mit Heizung, Beleuchtung und Reinigung sowie ihre Lehrmittel und Verwaltungseinrichtungen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Soweit preussische Staatsmittel in Frage kommen, bleibt die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtags vorbehalten. Neben den Veranstaltungen der Akademie sieht den Hörern die Teilnahme an den Vorlesungen und Übungen der Universität zu; sie haben ohne weiteres die Rechte und Pflichten der Besucher im Sinne der Universitätsstatuten.

§ 6. Die Unterrichtsverwaltung übernimmt es, die Einrichtungen und Veranstaltungen des Instituts für Gemeinwohl, des Bundes für Volksbildung, des Sozialen Museums, des Instituts für Gewerbehygiene und der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung, sämtlich in Frankfurt, für die Ausbildung der Teilnehmer soweit als möglich nutzbar zu machen.

Der Vorstand, der sich ebenfalls mit dem Problem der Akademie der Arbeit beschäftigt hat, kam nach eingehender Aussprache zu dem einstimmigen Beschluß, den abgeschlossenen Vertrag gutzuheißen und durch Delegation von ein oder zwei Kollegen sich daran zu beteiligen. Es ist gewiß ein großes Opfer, das der Verband durch die nun beschlossene Sendung von zwei Kollegen nach Frankfurt a. M. bringt, aber wollen wir als

Gewerkschafter, als klassenbewußte Arbeiter vorwärts kommen, dann müssen solche Opfer gebracht werden. Immer größer werden die Anforderungen an die Gewerkschaftsfunktionäre nicht nur an Nerven usw., sondern auch an Wissen und Können und können diese Anforderungen nicht befriedigt werden, muß ein Rückschlag erfolgen. Aber wir wollen vorwärts, müssen vorwärts.

Auf die vom Vorstandsvorsitz ergangene Aufforderung zur Einreichung von Anträgen zum Besuche der Frankfurter Arbeiterakademie gingen 20 Bewerbungen ein. Zur Prüfung der Bewerbungen setzte der Vorstandsvorsitz eine dreigliedrige Kommission ein. Von dieser wurden drei Bewerber in Vorschlag gebracht. In der am 2. März stattgefundenen Sitzung des Vorstandsvorsitzes entschied sich dieser, zwei der vorgeschlagenen Kollegen den Besuch der Akademie zu ermöglichen. Die vorgenommene Wahl fiel auf die Kollegen:

Oscar Winkler, Mügeln b. Dresden.
Adalbert Spornraff, München.

Beide Kollegen scheiden durch ihre Wahl ab 1. April auf neun Monate von ihrer Berufstätigkeit aus, um in dieser Zeit ausschließlich dem Studium obzuliegen. Hohe Anforderungen werden an sie gestellt werden und neues Wissen wird sich ihnen erschließen. Aber alle wirtschaftlichen und sozialen Belehrungen werden niemals das geben können worauf es in den freien Gewerkschaften unter allen Umständen ankommt: den Opferwillen und das unabdingbare Bekenntnis zur Arbeitersache, auch dann, wenn in den Irrungen und Wirrungen dieser Zeit der zielartige Wille der Arbeitermassen nicht immer unzweideutig erkennbar ist. Das, glauben wir, bringen unsere beiden Kollegen schon nach Frankfurt a. M. mit und geben so die berechtigte Hoffnung, daß ihr zukünftiges Wirken nur dem Verband im engeren und der Arbeiterschaft im weiteren Sinne gilt und die Mittel, die die Allgemeinheit zu ihrer Ausbildung zur Verfügung gestellt hat, hundertfältige Frucht tragen.

Indexziffern.

In Frankfurt a. M. gibt seit zwei Jahren, in zweimonatigen Abschnitten, ein Herr Dr. Elsaß zur Förderung gleitender Entlohnung Zusammenstellungen heraus.

Der Gedanke auch in Deutschland die Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung zu regulieren ist über ein Anfasstadium nicht herausgekommen. Bekanntlich wird in England seit 1919 für verschiedene Wirtschaftszweige Verträge zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen abgeschlossen die eine automatische Anpassung der Löhne an die Lebenshaltung vorsehen. Als Grundlage gilt dort eine vom Arbeitsministerium allmonatlich veröffentlichte Statistik. Dabei gilt der Grundsatz, daß mit der Verteuerung oder Verbilligung der Lebenshaltung ein Zuschlag oder Abzug zum Lohn zu erfolgen hat. Bei den sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten ist man aber auch hier über einen kleinen Anfang nicht herausgekommen. Schon im Krieg beschäftigte sich man bei uns mit dem äußerst schwierigen Problem. Wenn wir schon auf die Preise keinen Einfluß haben, dann soll man wenigstens die Löhne den Preisen anpassen, so wurde wiederholt diskutiert. Die große Masse derer, die darunter leiden, ohne doch tiefere Kenntnisse der wirtschaftlichen Zusammenhänge zu haben, wechseln natürlich Ursache und Wirkung. Die hohen Preise, die nur eine Folge der schweren Erkrankung unseres Wirtschaftslebens ist, ist die Ursache des Übels. Nur durch einen Eingriff in die Preisgestaltung, durch Machtspruch der Regierung dürfte Hilfe möglich sein. Dazu kommt natürlich als Voraussetzung, ein Nichtabhängen vom internationalen Markt. Da dies aber eine Fata morgana ist und bleibt, ist dies Ziel erst in einer sozialistischen Gesellschaft zu erreichen. Dieses große Ziel setzt wieder eine geschlossene, einige Arbeiterschaft voraus. Aber ebenso auch eine Revision des Versailler Friedensvertrages, dessen Schwere heute noch von nur sehr wenigen begriffen wird. Durch das Pariser Diktat, daß ein Schrei des Entsetzens durch die deutschen Lande dröhnte, sollen wir 42 Jahre lang versklavt werden. Und doch bildet die Arbeiterschaft eine unüberwindliche Macht, wenn sie sich einigt ist.

Die Berechnungen des Herrn Dr. Elsaß, die lediglich den Zweck haben, eine genaue Übersicht der Preisbewegung auf dem Waren- und Lebensmittelmarkt zu erhalten, erscheinen in Frankfurt a. M. im Verlag bei Zeitz & Köhler zeigen für den 1. Januar 1921 eine Indexziffer von 311 Punkten (berechnet die Lebenshaltung einer vierköpfigen Familie.) Diese Ziffer betrug am 1. November 1920 316 Punkte. Das war der höchste Stand.

J dem Kollegen, besonders aber unseren Funktionären ist zu empfehlen, sich mit den Indexziffern zu beschäftigen. Besonders bei Lohnkämpfen, wird es mit den unsäglichsten Dingen gekämpft. Die Arbeitnehmer stützen sich immer auf die großen

Kosten der Lebenshaltung, ohne oft daran zu denken, daß auch den Gegnern am besten mit Tatsachen beizukommen ist. Gefühle, Ungenauigkeiten beweisen nichts.

Bis jetzt sind neun Hefte der Ziffern von Dr. Elsaß erschienen. Man kann also ein Urteil abgeben, wie seine Zusammenstellung gewirkt hat. Die Aufmerksamkeit des Funktionärs wird auf Dinge gerichtet, an denen er bisher achtlos vorüberging. Man lernt volkswirtschaftlich denken.

Um Fernstehenden einen Einblick in die wissenschaftliche Methoden zu geben, folgt eine Übersicht wie Dr. Elsaß seine Resultate aufbaut:

Tabelle der Unterabteilungen.

Es kostete in Mark in Frankfurt a. M.:

	1. Jan. 1914	1. Nvbr. 1920	1. Jan. 1921
a) Lebensmittel für eine 4köpfige Familie pro Woche	23,97	307,65	301,40
b) Kleidung:			
Männeranzug	45,-	570,-	500,-
Arbeitschuh	5,-	85,-	85,-
Arbeitsbluse	7,-	65,-	65,-
Mantel	30,-	500,-	475,-
Wäsche (Hemd und Hose)	4,50	84,-	76,-
Socken	1,-	11,-	11,25
Hut	4,-	55,-	55,-
Mütze	2,-	15,-	15,-
Stiefel	12,-	185,-	185,-
Frauenbluse	3,-	68,50	57,50
Kleiderrock	8,-	97,50	80,-
Wäsche (Hemd und Jacke)	4,50	102,50	96,50
Strümpfe	1,-	14,75	13,75
Rock	3,-	42,50	41,50
Hut	10,-	60,-	55,-
Stiefel	10,-	150,-	150,-
Kinderstrümpfe	—,80	13,50	13,50
Hut	3,50	30,-	30,-
Stiefel	8,-	68,-	68,-
(für ein Kind von 7 Jahren)			
c) Wohnung	20% weniger als heute	unverändert	unverändert
d) Heizung			
Kohlen, Ctr.	1,40	23,25	23,25
Holz	2,-	18,50	19,-
Gas, cbm	—,14	1,23	1,23
e) Verschiedenes			
Kulturzwecke, Vergnügen usw.	1/3 d. Kosten v. April 1919	unverändert gegen den Vormonat	— 5%

(Die Steuern sind nicht berücksichtigt.)

Nach dieser Methode läßt sich stets nachweisen, wie in jedem Monat die Verhältnisse wechseln — etwas, worüber jeder Gewerkschafter ständig unterrichtet sein müßte.

Es ist also bei Lebensmitteln und Bekleidung eine Senkung von 2,03 und 6,30% eingetreten. Dagegen ist die Heizung und Beleuchtung um 0,86%, während die Wohnung mit 9,60 gleichgeblieben ist.

Kritisch muß ich dem hinzufügen, daß die meisten der angegebenen Preise viel zu niedrig angesetzt sind. Auch die Wohnungsziffer, bei der der Verfall nur 20% Erhöhung angesetzt hat, dürfte gegen die Wirklichkeit zurückbleiben.

Die kleine Senkung der Indexziffer für den 1. 1. 21 ist auf den Rückgang der Preise für Kleidung und Wohnung zurückzuführen. Die Großhandelsziffer für Anfang Januar 21 weist einen Rückgang von 4% gegen den 1. 11. 20 auf, während die von Herrn Dr. Elsaß ermittelte Kleinhandelsziffer für den gleichen Zeitraum nur 2% gefallen ist. Das überrascht natürlich nicht. Der Großhandel reagiert schneller wie der Kleinhandel, bei dem übrigens noch andere Faktoren mitsprechen.

Herr Dr. Elsaß hält es für möglich, daß durch die Wirtschaftskrise, die infolge der Überproduktion an Nahrungsmitteln und Rohstoffen in den überseeischen Ländern herrscht, die Preise, wenn auch vielleicht nur vorübergehend, eine weitere Senkung erfahren werden. Man darf aber nicht übersehen, daß wir für manche Bedürfnisse noch keine Weltmarktpreise haben und daß die Anpassung verschiedener Faktoren (z. B. Wohnungsmiete, sowie die Tarife für Eisenbahn und Post) und auch die Angleichung der Beamtengehälter an die Teuerung) noch bevorsteht. Das sind Umstände, die durch eine etwa noch weiter sinkende Preissenkung wieder aufgehoben werden. Zu beachten ist ferner, daß in Deutschland noch keine Überproduktion wie in den anderen Ausfuhrländern festzustellen ist, solange unser Export im bisherigen Umfang fort dauert. Daß als Folge des Friedensvertrages ein großer Teil unbezahlt bleibt, ändert daran nichts.

Wir kennen bei uns vorläufig nur eine Überproduktion, nämlich die an Papiergeld, die im vollen Umfang anhält und die die Quelle unseres Wirtschaftselends und aller Wirtschaftskämpfe ist. Und wenn der Plan, so sagt Herr Dr. Elsaß, wirklich durchgeführt wird, daß die deutschen Gläubiger ausländischer Vorkriegsguthaben auch noch durch Papiergeld abgefunden werden sollen, was eine unerhörte Vergrößerung der Inflation verursachen müßte, dann ist an eine Steigerung der Kaufkraft der Mark für aussehende Zeit nicht zu denken. Nur wenn wir endlich beginnen, uns mit dem Problem der Eindämmung der Papiergeldflut ernstlich zu beschäftigen und alles daran setzen, um aus dem Währungssumpf herauszukommen, kann mit einer Preisenkung von Dauer gerechnet werden. Alle bisher versuchten Mittel, wie Höchstpreise und Wucherverordnungen mußten ihren Zweck verfehlen, weil sie sich bloß gegen die Folgen des Währungselends und nicht gegen dessen Ursache, die Inflation richteten. C. H.

Allgemeines.

Viel für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Wie weit ist unser Gewerbe Luxus.

Wenn von jeher unser Gewerbe als Luxusgewerbe angesehen worden ist, so hat das wohl nur bedingungsweise seine Richtigkeit. Es hat sich aber diese Anschauung bei einem Teil der Kollegen allmählich zum unterscheidungslosen Nachplappern von oberflächlichen Redensarten ausgebildet, deren Folgen meist, wie bei aller Art Oberflächlichkeit ohne tiefere Logik, Schaden stiften und immer neue falsche Vorurteile schaffen. Man kann also mit einer übertriebenen Meinung von dem Luxuscharakter unseres Gewerbes alles mögliche behaupten — auch einstecken. Man kann sich und andere bange machen; kann schlechte Tarifabschlüsse damit entschuldigen usw. Ja in übertrieben theoretisierendem Sinne kann man dem ganzen Gewerbe jede Daseinsberechtigung absprechen. Man arbeitet verkürzt; da und dort hat ein Unternehmer sein Geschäft geschlossen. Sind das Zeichen vom Niedergang unseres Gewerbes infolge seines Luxuscharakters? Man hat auch Schuh-, Wurst- und Seifenfabriken stillgelegt, Textil- und Baugewerbebetriebe zugemacht. Müßte das alles heutzutage auch zum Luxus gerechnet werden. Genügend Essen und Trinken, Kleider, Stiefel, Wohnung, Licht und Heizung: wo hört das Lebensnotwendige auf und fängt der Luxus an? Ferner: Post und Eisenbahn: mancher läßt das Briefschreiben, wandert auch auf Schusters Rappen wie in früherer Zeit. Man käme mit der Luxuseröffnung zur völligen Bedürfnislosigkeit und landete beim Fuß des Diogenes.

Nun steht jedoch die Luxusrage unseres Gewerbes auf einem andern Blatt; und doch möchte ich sie auch heute auf die einfache Formel bringen: selbstredend ist unser Gewerbe mit einbezogen in den allgemeinen Rückgang allen Handels- und Industrielandes infolge der Verarmung und Verelendung unseres Volkes, die eine sinnlose Weltpolitik der früheren Machthaber, ein maßloser, strahlender Größenwahn der Offizierskaste über uns gebracht hat. Das wirkt natürlich für ein Gewerbe, das wie das unsere seinen Höhepunkt längst überschritten, teils katastrophal. Es ist jedoch nicht der Rückgang von Luxus, der dies hauptsächlich verschuldet. Unser Gewerbe hat nichts mehr oder weniger an Luxus eingebüßt als jedes andere. In einem so hoch entwickelten Gewerbe und Industrieland, wie er in Deutschland vor dem Kriege war, lieferte wohl jede Art von Warenerzeugung genug überflüssigen Luxus, den man freilich damals nicht so benamste, vielmehr unter dem Gesichtswinkel der Wirtschaftsentwicklung als Produktionssteigerung und Hebung des allgemeinen Lebensstandes ansprach. Nun befinden sich zur Zeit alle Gewerbe und Industrien in dem gefährlichen Wurstkessel, in dem ihnen das Luxus bzw. Lebensfett entzogen wird. Was bei unserem Gewerbe ein Übriges, ist bedingt durch den technischen Fortschritt. Bei der besonderen Auswirkung des Begriffs Luxus müssen wir jedoch dies beiseite lassen und nur die Deutungen dieses Begriffes der Betrachtung unterziehen. Wir müssen aber auch die scheinbar anmutende Wirkung betrachten, daß oftmals beim Rückgang des materiellen wichtigen Lebens- und Luxusverbrauchs eine Zunahme der geistigen und ideellen Kultur- und Luxusgüter zu beobachten ist.

Was soll uns diese Luxuserörterung. Eine Lehre sein, daß wir aus diesem Anlaß, durch den ständigen Hinweis auf den Luxuscharakter unseres Gewerbes nicht den Berufsmut aufgeben brauchen (was uns anerseits freilich oftmals recht schwer gemacht und meist nicht an uns selbst gelegen ist). Was lebensbedürftig und was Luxus übrig, ist eine müßige Frage. Unser Gewerbe wird in dieser Zeit bestehen oder fallen im selben Maße als jedes andere; daß heißt, im gleichen Verhältnis ein Mehr oder Weniger des jeweiligen Gesamtkonjunkturstandes ausmachen, das stets einen bestimmten Teil Luxus im Lebensnotwendigen einschließt: je mehr die Wirtschaftslage sinkt, umso mehr wird Lebensnotwendiges als Luxus erklärt, und umgekehrt, würde sie steigen, wird Luxus als Lebensnotwendiges erscheinen. Das Gerede, wonach speziell unser Beruf als Luxusgewerbe anzusehen sei, was Niedergang vor allem anderen aus die-m Grunde heißen soll, enthält jeder logischen Beweiskraft.

Es ist darum eine Anschauung, welche die schöne Lebens- und Sachschmuckung als völlig überflüssig ansieht, eine nur ausschließlich auf das rein Materielle gerichtete, banale und nützliche. Luxus im guten Sinn bedeutet das über rein materielles hinausgehende Bedürfnis nach Lebensgenuß bzw. Schmückung, dessen edelste Form Kunst heißt. Nun gibt es ja genug Leute, die die Kunst als höchst entbehrlichen Luxus bezeichnen, da sie in ihr keinen Gebrauchswert finden können. Dieser besteht jedoch: Hat nicht die geistige und ideale Seite im Menschen auch Nahrung nötig! Und woher sollte diese kommen. Darum sind ideale Werte höchst notwendige Lebens-, Bedarfs- und Gebrauchswerte.

Diesen Begriff von Luxus, dem sich hier ein höchst verfeinerter Geschmack zugesellt und ohne den der geistige Mensch verkümmerte, mag man nach unten beliebig abstufen bis zum wertlosen äußeren Tand: etwas von jenem natürlich-primitiv-künstlerischem Hang, der schon den Wilden angeboren ist, wird immer bleiben. Ich kenne auch heute genug Leute, die gar nicht zu den »idealen« zählen und die sich mal lieber eine schöne Wurst — ersparen, um ein Buch, ein Druckwerk oder ihren Kindern fröhliche Bilder kaufen.

Also ist Luxus ein durchaus relativer Begriff; jede Lebenssteigerung und Produktionsvermehrung mehr den Luxus; sinkt die Wirtschaft, sinken die Lebensbedürfnisse zum primitiven zurück, so sinkt der Luxus, sinkt die Kunst nach — Aber wie? Haben wir nicht seit dem Kriege — entgegen aller wissenschaftlich materialistischen Erkenntnis erlebt, daß es bei der Kunst (auch bei einem großen Teil Luxus) doch nicht so genau stimmt. Auch die Zeit des wahren Volkes der Dichter und Denker hat verhältnismäßig jenen idealen Luxus in hohem Maße besessen (den Tandluxus konnte jene Zeit freilich nicht, er kam ja bekanntlich erst später mit dem »Volks«wohlstand der reichen Leute, den freilich auch ein kleiner Teil des Volkes durch Talwi und Simili vorzutauschen versuchte). — Ist nun hier, in letzteren Betracht, nicht eine Aussicht, ein Hebel vorhanden! Könnten wir nicht für unseren Teil dafür sorgen, daß durch rationelle Arbeitsweisen, Beseitigung jeder technischen Pedanterie und durch mehr künstlerische Durchführung unserer Erzeugnisse, daß jener Luxus (in gutem Sinne) in unserm Gewerbe — auch in der jetzigen absteigenden Wirtschaftskurve, sich weiter hält, bzw eine Steigerung erfahre.

Adolf Blum.

Ortsberichte.

Berlin, Offsetdrucker. Die am 15. Februar tagende, von fast allen im Offset und Rotationsdruck beschäftigten Steindruckern besuchte Versammlung nahm Stellung zu den wiederholt von den Buchdruckern geäußerten Wünschen, ebenfalls zur Bedienung der Offsetmaschine zugelassen zu werden. Die den Einleitungsreden folgende Aussprache unterrichtete wiederholt, daß der Offsetdruck ein rein lithographisches Druckverfahren sei und deshalb nur Steindruckern zur Bedienung der Offsetmaschine in Frage kommen könnten. Die Art der Arbeit könne nicht den geringsten Ausmaß bei Beurteilung dieser Frage geben, sondern nur die Frage könne ausscheidend sein welches Druckverfahren in Anwendung käme. Die im Steindrucktarif niedergelegte Ansicht, daß Offsetmaschinen nur von Steindruckern bedient werden dürfen, müsse voll und ganz aufrecht erhalten werden. Der § 71 des Buchdrucktarifes, der auch den Buchdruckern die Bedienung der Offsetmaschine offen läßt, sei unhaltbar und nicht geeignet, eine zufriedenstellende Lösung zu bringen. Nachsichene Resolution fand nach ausgedehnter Debatte eine stimmige Annahme.

Die am 15. Februar 1921 im Graphischen Vereinshaus tagende gutbesuchte Versammlung der Offsetdrucker Berlins suchte nach eingehender Aussprache über die Verhältnisse im Offsetdruck einmütig auf nachstehendem Standpunkt: Alle in der Offsetbranche tätigen Kollegen hätten an dem Wortlaut des Steindrucktarifes festzuhalten; Offsetmaschinen dürfen nur von gelerntem Steindruckern bedient werden. Zu dem Verlangen der Buchdrucker an die Offsetmaschine zu kommen erachtet die Versammlung die Zeit für noch nicht gekommen, darüber sich mit den Buchdruckern legen zu einigen. Sie erwartet von Verbandsvorstand eine für die Kollegen klare Stellungnahme.

Des weiteren sieht die Versammlung in der engen Zusammenfassung der Offsetdrucker eine Notwendigkeit.

Göppingen. In der am Dienstag, den 8. März stattgefundenen gutbesuchten Mitglieder Versammlung der Lithographen und Steindruckers Göppingen wurde zum Ausdruck gebracht, daß der seitherige »Modus« betreffs Teuerungszulage nicht beibehalten werden könne wenn die Unternehmer auch weiterhin auf ihrem jetzigen Standpunkt beharren werden, die Gehilfen mit 10 und 15 Mark abzuspähen. Die Versammlung fordert deshalb den Verbandsvorstand auf, sich bei den nächsten Verhandlungen unter keinen Umständen auf ein solches Angebot einzulassen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

»Der Verbandsvorstand wird aufgefordert, in kürzester Zeit in Verhandlungen mit der Unternehmerschaft einzutreten, um die Verbesserung unserer schlechten Lohnverhältnisse sowie mindestens das Existenzminimum zu erreichen, auf welches wir ein menschlich soziales Recht haben. Durch die Nachtragssteuererhebung ist eines jeden Kollegen Existenz bedroht. Der Einwand der Unternehmer, unser Beruf sei Luxusberuf und kann nicht mehr tragen, ist nichtig und widerlegt durch den bisherigen, sehr guten Geschäftsgang, welcher die Notwendigkeit unseres Berufes für die Industrie- und Wirtschaftsentwicklung klar gezeigt hat. Wir ersehen in dem jetzigen Zeitpunkt die beste Aussicht und Möglichkeit im Kampf mit den Unternehmern endlich ein positives Ergebnis zu erreichen; im gegebenen Falle den Herren-Unter-

nehmern den Verband der Lithographen, Steindruckers und verwandten Berufe als Kampforganisation zum Bewußtsein zu bringen.

Neurode in Schlesien. In der am 9. März stattgefundenen, gutbesuchten Versammlung, in welcher als zweiter Punkt der Tagesordnung die Stellungnahme zur Tarifkündigung stand, wurde nach längerer Debatte folgender Antrag einstimmig angenommen: »Die Neuroder Kollegen sträuben sich ganz entschieden gegen jede Verschlechterung welche eventuell der neue Tarif bringen sollte (48 Stundenwoche u. dergl.). Sie fordern den Verbandsvorstand auf, dahin zu wirken, daß der neue Tarif Verbesserungen für die Kollegenchaft bringe, da doch das Existenzminimum noch lange nicht erreicht ist. Nur bei solchem Vorgehen des Verbandsvorstandes steht die Neuroder Kollegenchaft geschlossen hinter ihm.«

Unter Punkt drei der Tagesordnung wurde die Arbeitsnachweisfrage und der Offsetdruck vom Vorsitzenden in sachlicher Weise geschildert, und den Kollegen nahe gelegt, vom dem Angebot, welches der Mitgliedschaft vom Gauvorstand zuzuging, Gebrauch zu machen. An diese Ausführungen des Vorsitzenden knüpfte sich eine rege Diskussion. Nachdem unter Verschiedenes noch einige örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung fanden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Photogr. Mitarbeiter.

Lohnbewegung der Photographen in Dresden.

Lohnbewegungen vorbereiten und einleiten durch die Verhandlungen bringen und dann praktisch durchsetzen ist kein Zuckerlecken. Zum Giftverschlingen wird es aber, wenn es sich um das Porträtfotographiegewerbe handelt. Die frischebeherzte Art, mit der andere Unternehmergruppen an die Verhandlungen herangehen und einer Verständigungsbasis zustreben, oder im fridfröhlichen Kampfe der Geister widerstreben, mit den Argumenten die wirtschaftlichinteressierten Ansichten und Empfindungen annehmen sind, kennt man in den Kreisen der Atelierbesitzer nicht. Der Zwangsinnungsorientierte, mumifizierte, auf Ansichten aus Naahs Zeiten eingeschworene Photographiemeister, ist ein unheimlich ungelinker Geist und man muß Nerven wie Schiffstau haben, wenn man bei Unterhandlungen mit ihm nicht reißt für ein Sanatorium werden soll. Aber das soll dem Photographenzwangsinnungsenthusiasten nicht persönlich angekreidet werden, denn auch er ist ein Produkt seiner Verhältnisse und der Umstände die seine Lebensform und das Wesen seines Berufs mit sich bringen. Er muß verdaut werden wie er ist, wenn man auch vor Lohnverhandlungen mit ihm und den Gleichen mehr als ein gelindes Grauen empfindet.

In Dresden wurde 1919 ein Tarif für die Porträtfotographie geschaffen, der rechtsverbindlich gemacht wurde. Er fing mit Grundlöhnen von 35, 45, 55 und 70 Mark und mit Teuerungszulagen von 20 und 25 Prozent an und sah für weibliche Gehilfen einen Abschlag von 10 Prozent vor. Nach mühsam zusammengebrachten Verhandlungen und mit Hilfe eines Unternehmerverbandsvertreters der Arbeitsgemeinschaften wurden die Teuerungszulagen auf 70 und 75 Prozent und wieder vier Monate später unter langem Ruck und Spuk auf 105 und 110 Prozent gebracht. Der Tarif lief ein Jahr mit Ende September 1920. Wir gingen auf eine Erneuerung und Reformierung aus und trugen das den Prinzipalen an. Da kam die Erfurter Tagung der Deutschen Photographenvereine und -innungen und diese hatte in Tariffreiheit und Zwangsinnungsbegeisterung so viel getan, daß der Antrag auf neue Tarifverhandlungen mit dem Hinweis abgetan wurde, es wäre eine Zwangsinnung im Entstehen begriffen und die bisherige Sektion Dresden des Sächsischen Photographenbundes komme als Tarifkontrahent nicht mehr in Frage. Eine Anfrage, ob sich die Sektion noch für Lohnverhandlungen als zuständig erachte, blieb unbeantwortet. Es wurde Schlichtungsklage auf eine 30 prozentige Lohnerhöhung eingereicht. Der erste Termin fiel aus, der Schlichtungsausschuß war von anderen vorhergegangenen Verhandlungen so zermürbt, daß er nicht weiter verhandeln konnte. Am zweiten war von den geladenen drei Prinzipalen keiner erschienen, am dritten aber erschien der Vorsitzende der Sektion in der Absicht zu erklären, daß er und die Sektion nicht mehr zuständig seien, sondern die noch gar nicht gegründete Zwangsinnung. Der Vorsitzende, der zugleich angestellter Vorsitzender des Zentralverbandes Deutscher Photographenvereine und -innungen ist, ist ein guter Mensch und persönlich ein unadäquater Mann, er hat auch platonisches Verständnis für die erbarmungswürdige Lage der Gehilfen, er ist auch kein vom Klassenstand geplagter Unternehmervertreter, sondern es ist leicht und ehrenvoll ihm menschlich näherzutreten. Aber seine Ansichten über wirtschaftliche und soziale Zeit- und Streitfragen sind so alt-eitlich, daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses große Mühe hatte, ihn an

(Fortsetzung in der Beilage).

den Sachstand der Klage zu fesseln. Er blieb bei seiner Unzuständigkeitsklärung und so erging der Schiedsspruch, daß ab 15. Dezember die Löhne auf 100, 125, 160 und 200 Mark zu erhöhen sind, was etwas über 30 Prozent betrug. Die Prinzipale lehnten den Schiedsspruch ab und wir mußten seine Verbindlichkeit beantragen. Die Saltung des Amtsschimmels dauerte sechs Wochen und nach einer erneuten Anfrage über den Stand der Sache, kam er in Trapp. Der Demobilisationskommissar verwies auf die sehr straffgefaßten Bestimmungen, unter welchen ein Schiedsspruch verbindlich erklärt werden kann und richt beiden Seiten zu einer Verständigung. Nachdem die sehr gedrückte Lage des ganzen Berufes eingehend vorgelegt und von allen Prinzipalen mit Bilanzen belegt worden war, trafen sich beide Teile auf dem Mittelwege, ab erster Lohnwoche im Februar eine Zulage von 20 Prozent auf die bisherigen Gesamtlöhne zu zahlen. Nun ist die Formel festgelegt und die saure Arbeit der Durchführung kann beginnen. Die aber wäre leicht, wenn der Organisationsgeist bei den Photographen nicht gar so schwer zu erzeugen wäre. So aber steht alles auf wenigen Augen und zwar alles und alles. Darüber aber soll nicht weiter geklagt werden, denn in allen anderen Orten steht es ebenso und die führenden Funktionäre wissen überall dasselbe Lied zu singen. — Das Zwangsinnungsfieber der Photographenmeister nimmt zu und bald wird jede etwas anscheinliche Stadt ihre Photographenzwangsinnung haben. Die Photographengehilfen sind aber in ihrer organisatorischen Betätigung und Entfaltung so erschreckend nachlässig und energieelos, so sehr auf das Spielerische und Inhaltsarme des Lebens eingestellt, daß sie noch sehr lange der Schrecken der Verbandsfunktionäre bleiben werden. An agitatorischer Kraftentfaltung hat es wirklich nicht gefehlt, alle Regeln und Register der Agitationserfahrungen sind gezogen worden. Gewerkschaftliche Erziehungsmethoden sind angewandt worden und mußten angewandt werden, die schon seit Jahren nicht mehr zum Bestand des Agitationsarsenals gezählt wurden. In neuen Methoden betätigte man sich erfinderisch, aber der Erfolg ist kläglich geblieben. Unter diesen Umständen ist das, was zur Hebung der gedrückten Lage der Photographen erreicht worden ist, mehr als adhsenswert. Aber die weitere Tätigkeit auf dem Gebiete wird noch schwieriger werden, wenn man sich überall mit dem urzeitlichen Zwangsinnungsgeiste wird herumzuschlagen müssen. Darum aber wird es Zeit, daß bald ein erleuchtender Blitzstrahl unter die Photographengehilfen fahren möchte, damit endlich Flammen in ihnen erweckt werden.

Wasserstoff und Chlor, und das Natriumsalz kann sich nicht mehr in Lösung erhalten und fällt als Niederschlag aus. Dieser Vorgang wurde bereits in früheren Jahren zur Reinigung von bestimmten Anilinfarbstoffen benutzt und zwar von solchen, die sich nur schwer kristallisieren ließen. Es mag etwas paradox klingen, daß ein so leicht löslicher Körper wie Kochsalz auf solchem Wege zur Ausscheidung gebracht werden kann. Andererseits wird sich der Leser nicht der Auffassung verschließen können, daß Salzsäure doch schließlich auch in der konzentriertesten Form immer eine Flüssigkeit ist und auch bleiben muß. Wohingegen eine Lösung von Kochsalz erst aus einem festen Produkt gewonnen wird und teilweise noch Verunreinigungen enthalten kann, die noch löslicher sein können wie das Salz selbst. In solchem Falle wird eine konzentrierte Salzsäure ein Ausfällen von Kochsalz herbeiführen müssen, was in der analytischen modernen Chemie Anwendung findet.

Da eine jede Reaktion von diesen Spaltungsprodukten abhängig ist, so wird es ein jeder Fachmann, wenn er diese Grundgesetze kennt in der Hand haben, den Verlauf einer jeden Reaktion willkürlich zu beeinflussen. Bereits in der Rezeptur des Eisenentwicklers für das Silberbadverfahren stoßen wir auf solche Zusätze, welche eine Verlangsamung einer Reaktion d. h. der Reduktion von Silbernitrat durch den Entwickler herbeiführen sollen. Da eine mäßig konzentrierte Eisenvitriollösung eine viel zu schnelle Umsetzung zu metallischem Silber herbeiführen würde, so muß unter allen Umständen eine Verlangsamung herbeigeführt werden. Würde dieses nicht geschehen, dann wäre die Ausscheidung so rapid, daß eine Tonabstufung mit der entsprechenden Kontrastwirkung nicht eintreten könnte und der Niederschlag wäre gezwungen, sich an allen rauhen Stellen, also an der ganzen Plattenoberfläche festzusetzen und ein anscheinend verschleiertes Negativ wäre das Resultat. Bereits eine beliebige passende Säure würde ähnlich dem erwähnten Vorgang mit Chloratrium auf die Eisenjone einwirken, indem dieselben in ihrer Anzahl zurückgedrängt werden würden, was einem Rückgang der Reaktionsgeschwindigkeit gleich käme. Geht die Reaktionsgeschwindigkeit zurück, dann findet eine ganz allmähliche Ausscheidung von metallischem Silber statt und das Bild bildet sich langsam, wobei die größten Anziehungskräfte das meiste Silber an sich ziehen. Erwähnt sei an dieser Stelle, daß belichtetes Jodsilber von Eisenvitriol überhaupt gar nicht reduziert werden kann. Im Gegenteil ist die Assinität von Chlor, Brom oder Jod zum Silber viel größer als wie zum Eisen. Aus diesem Grunde wird das metallische Silber, wie es im Silberbilde irgend einer entwickelten Trockenplatte vor uns liegt, sich mit einer Eisenchloridlösung chemisch umsetzen und Chlorsilber bilden. Das Gleiche tritt ein, wenn eine Lösung von Eisenbromid für einen solchen Versuch verwendet wird, indem sich hier dem Bromsalz entsprechend, Bromsilber bildet. Daraus geht ein wiederholt hervor daß eine Reduktion des Jodsilbers ausgeschlossen ist. Es handelt sich hier lediglich um eine Erwerbung einer elektromagnetischen Eigenschaft durch Belichtung, welche am stärksten sich an den vom Licht am intensivsten bestrahlten Stellen bemerkbar macht. Diese Anziehungskraft erstreckt sich jedoch nicht auf molekulares Silber, sondern nur auf solches, welches aus der Jorenform sich molekular zu bilden im Begriff ist, indem gleichzeitig das Eisenoxydul in die Oxydform übergeht. Diese Oxydbildung wird durch Schwefelsäure verhindert resp. verlangsamt. Desgleichen finden Zusätze von Kupfervitriol und Essig statt, die in ähnlicher Weise wirken und die Jonezahl des Eisenvitriol verringern.

Würde man einen besonderen Wert auf eine klare Linienführung bei der Herstellung eines Aufnahmeversuches in der Dunkelkammer legen, so wären hiermit bereits die Richtlinien für eine solche Arbeitsmethode gegeben. Anders jedoch verhält es sich, wenn es sich um ein gegebenes Negativ handelt, dessen Aussehen einwandfrei ist, aber, dem Original entsprechend, sehr feine Linien besitzt, die bei einer Verstärkung, selbst mit Quecksilber, zugehen würden. In diesem Falle helfen nicht alle Kunstgriffe, sondern man muß zu einer Arbeitsmethode übergehen, die bis heutigen Tages praktisch keine Verwendung gefunden hat.

Es beruht dieselbe auf einem anderen Prinzip als wie die eben besprochene. Während bisher die aktive Jonezahl durch Zusätze verringert wurde, werden dieselben jetzt durch geeignete Mittel in ihrer Beweglichkeit gehindert, so daß sie nicht mit ihrer ihnen innewohnenden Schnelligkeit arbeiten können und der neue Zusatz außerdem eine neutrale Zwischenschicht bildet, die ein Ansetzen von voluminöseren Massen ihrer eigene Masse entgegengesetzt. Es sind dieses dichte Mittel, wie wir sie teils unter den Gerüstweißstoffen finden, teils vegetabilische Stoffe mit zahlreichen Kohlenstoffketten, die als neutrale Massen mit umfangreichen Molekülen jede Diffusionsmöglichkeit verhindern, sobald größere molekulare Umsetzungsprodukte entstehen sollten und einer solchen Ausdehnung nach der Seite hin Widerstand leisten. Man könnte durch einen vulgären Ausdruck sie als schleimartige Stoffe bezeichnen. Wir wollen nur zwei von diesen Substanzen aus der großen Menge herausgreifen, näm-

lich den Zucker und die Gelatine. Setze ich zu einer Bleichlösung den ersteren Stoff, so wird durch Einbettung dieser Substanz innerhalb der feinen Linienumhüllungen einer Jodsilberplatte eine tote Zone geschaffen, wo von einer Beweglichkeit der freien Jone kaum gesprochen werden kann. Die selbe wird sich naturgemäß mehr an der Oberfläche vollziehen, und ebenso kann man als Vorsichtsmaßregel eine schwache Gelatinelösung der Schwärzungsfähigkeit beifügen.

Als krassensten Fall könnte man das Schlippsche Salz wählen, weil damit eine außerordentlich intensive Deckung erreicht werden kann. Zur praktischen Anwendung nimmt man eine 3%ige Lösung von doppeltchromsaurem Kalium, die vorrätig gehalten werden kann und setzt für den Tagesbedarf je 1% Salzsäure und Zucker hinzu. Nach dem Bleichen spült man gut ab und fügt einer 5%igen Lösung von Schlippschem Salz etwa 2—5 ccm einer 10%igen Gelatinelösung (oder Dextrin) auf 100 ccm hinzu und stärkt die Platte damit.

Ein Versuch mit der oben angegebenen Vorschrift wird den Praktiker nicht reuen. Natürlich muß man sich auch das Arbeiten nach dieser Methode praktisch gestalten. Alle solche Gebrauchslösungen lassen sich haltbar machen. Eine Gelatine wird durch Zusätze von Thymol u. dergl. auf Jahrzehnte konserviert. Der Schreiber dieser Zeilen besitzt noch heute solche Lösungen, die ungefähr vor 15 Jahren angesetzt wurden, ohne sich verändert zu haben, und im praktischen Gebrauch kommt es doch nur auf eine bedingte Haltbarkeit von höchstens einigen Wochen an. Andererseits ist es nicht absolut notwendig gerade das Schlippsche Salz als Schwärzungsmittel zu benutzen. Es können ebensogut andere Mittel zu solchem Gebrauch herangezogen werden. Doch ist es immer gut, wenn man sich erst mit den Angaben vertraut macht, um dann seine eigenen Modifikationen vorzunehmen. Da die größte Deckung wohl durch obige Mittel erreicht wird, so war es naturgemäß, den Versuch auf solche extremen Fälle zuzuschneiden.

Erst wenn obige Angaben nachgeprüft worden sind, ist der Verfasser bereit auch die üblichen Arbeitsvorschriften derselben kritischen Methode zu unterziehen und über eine verbesserte Anwendungsmöglichkeit Bericht zu erstatten. Jedenfalls wird ein Teil der Leser den Kernpunkt der Sache erfaßt haben und gleich in anderem Sinne einige Versuche in dieser Richtung anstellen.

Adressen-Änderungen.

2. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunfts-erteiler (Graph. Presse Nr. 5 u. 7).

Zur Beachtung! Jede Adressen-Änderung ist sofort an den Verbandsvorstand der Lithographen und Steindruck Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88, III zu berichten.

Barmen-Elberfeld: Für alle Berufe: Alfred Schuhmacher, Barmen, Kemnaststr. 7, III.

Breslau: Photogr.: Paul Ludwig, Breslau V, Augustastr. 12.

Crefeld: Formstecher: H. Gehlen, Münchener Str. 42.

Dortmund: Karl Busch, Schützenstr. 52, III.

Frankfurt a. Main: Für alle Berufe: Th. Mitterdorf, Frankfurt a. M., Allerheiligenstr. 53, III, Gewerkschaftshaus, Verbandsbureau der Lithographen und Steindruck, geöffnet von 10—1 Uhr vorm. u. von 3—6 Uhr nachm.

Halle a. d. S.: Herm. Schuitze, Krückenbergstr. 20.

Heilbronn a. N.: Georg Merly, Neckarsulmer Str. 42.

Leipzig: Notenstecher: Otto Held, Schenkendorfstraße 29, II.

Magdeburg: Lithogr. u. Steindr.: Karl Schmitz, Bahnhofstr. 22, H. 1.

Chemigr.: Gustav Grub, Amsdorfstr. 1.
Lithdr.: Karl Höcke, Rogätzerstr. 9.

Mainz: Josef Jonas, Lessingstr. 5.

Mannheim: Für alle Berufe: Aug. Gläser, Gartenfeldstraße 15a.

Rhepat: Chemigr.: Hellmuth Gedner, Marktsir. 20.

Zeitz: Josef Windau, Donalisstr. 12/13.

Zentralkommissionen:
Notenstecher: Otto Held, Leipzig, Schenkendorfstraße 29, III.

Internationale Adressen:
Auskunft für die dem internationalen Sekretariat noch nicht angeschlossenen Verbände erteilen:

Argentinien:
Albert Porsch, Rosario de Ste Fe, Espana 964, Dep. 5, Argentinien.

Graphische Technik.

Verstärkung feinsten Strichzeichnungen bei offener Linienhaltung in wissenschaftlicher Beleuchtung.

Von Curt Mischewski.

II.

(Nachdruck verboten.)

Da ein jeder gelöster Körper diesen Gesetzmäßigkeiten unterliegt, so ist es klar, daß mehrere nebeneinander in Lösung befindliche Körper sich gegenseitig beeinflussen, indem sie einerseits hindernd eingreifen oder auch beschleunigend wirken können, je nachdem ob Zwischenprodukte gebildet werden oder aber nur eine Unterdrückung der Menge am wirksamen Jone herbeigeführt wird. Tritt letzterer Fall ein, so ändert sich der Verlauf einer Reaktion in Ausübung praktischer Arbeitsmethoden oder kann, wenn er aus wissenschaftlichen Interessen weiter verfolgt wird, zur vollständigen Aufhebung einer Reaktion führen.

Um ein praktisches Beispiel hierfür zu geben, bleiben wir bei dem oben angegebenen Chloratrium stehen, welches in Lösung in die betreffenden Chlorjone und Natriumjone teilweise zerfällt. Setze ich einen Körper hinzu, der entweder reichlich Natrium- oder Chlorjone imstande ist abzugeben, so unterdrücken diese Zusätze die entsprechenden Jone des Chloratriums und der Dissoziationsgrad desselben geht zurück. Würde ich einen Zusatz von Salzsäure wählen, welche aus Chlorwasserstoffsäure genannt wird und dem Namen entsprechend in Chlor- und Wasserstoffjone zerfällt, so müssen nach den oben angeführten Gesetzmäßigkeiten die Chlorjone der Salzsäure die Chlorjone des Kochsalzes zu rückdrängen und eine Herabminderung der Chloratriumjone herbeiführen. Aber noch eine andere Erscheinung geht hiermit Hand in Hand. Je nach der Löslichkeit eines Salzes ist die Zahl der Jone größer oder kleiner. Verringere ich demnach die Bildungsmöglichkeit der Jone irgend eines Salzes, so muß dementsprechend die Löslichkeit desselben zurückgehen und kann bis zum Ausfallen des betreffenden Stoffes aus einer Lösung führen. Würde ich nun den Zusatz an Salzsäure immer weiter und weiter erhöhen, so werde ich schließlich dahin gelangen, daß keine ergänzenden Chlor- und Natriumjone mehr vorhanden sein können, sondern nur noch solche von

TOTENLISTE

1920.

† Am 11. September in Berlin **Karl Lepke**, Steindruckers aus Berlin, 77 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 18. Juni 1916. — Eingetreten in Berlin am 1. Juli 1900.

† Am 15. Oktober in Berlin **Ernst Reichmann**, Steindruckers aus Berlin, 71 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 13. August 1903. — Eingetreten in Berlin am 13. August 1893.

† Am 26. Oktober in Frankfurt am Main **Michael Pappenberger**, Steinschleifer aus Ochsenfurt, 66 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 13 Wochen, 2 Tage. — Eingetreten in Frankfurt am Main am 27. Juli 1919.

† Am 13. November in Frankfurt am Main **Franz Weber**, Lithograph aus Frankfurt am Main, 43 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Ertrinken. — Eingetreten in Frankfurt am Main am 2. September 1899.

† Am 22. November in Berlin **Adolf Lange**, Lithograph aus Berlin, 53 Jahre alt, an Grippe, krank 1 Woche, 1 Tag. — Eingetreten in Berlin am 12. Januar 1919.

† Am 8. Dezember in Berlin **Karl Heinrich**, Steindruckers aus Berlin, 75 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 28. Oktober 1908. — Eingetreten in Berlin am 7. Juli 1895.

† Am 15. Dezember in Düren **Heinrich Roßkamp**, Steindruckers aus Düren, 67 Jahre alt, plötzlich an Schlaganfall. — Eingetreten in Hannover am 22. Dezember 1918.

† Am 24. Dezember in Stuttgart **Wilhelm Bürkle**, Steindruckers aus Kallental, 79 Jahre alt, an Altersschwäche, krank 9 Jahre (Invalide). — Eingetreten in Stuttgart am 20. Mai 1906.

1921.

† Am 12. Januar in Leipzig **Paul Angermann**, Steindruckers aus Gohlis bei Leipzig, an Darmleiden und Arterienverkalkung, krank 10 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 1. Januar 1893.

† Am 15. Januar in Berlin **Georg Busch**, Lithograph aus Berlin, 54 Jahre alt, an Gehirnhautentzündung und Rippenfellvereiterung, krank 2 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Detmold am 20. Juni 1891.

† Am 18. Januar in Leipzig **Max Gräve**, Chemigraph aus Leipzig-Völknersdorf, 40 Jahre alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetreten in Leipzig am 29. Dezember 1912.

† Am 4. Februar in München **Hugo Groener**, Steindruckers aus Berlin, 72 Jahre alt, an Arterienverkalkung und Herzschwäche, krank 5 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Brandenburg am 14. Oktober 1894.

Ferner wurden uns noch gemeldet als

Opfer des Krieges:

Kollege **Willi Bedk**, Chemigraph aus Berlin, geboren am 5. November 1882 in Rixdorf (Neukölln), Mitglied seit 15. Januar 1903, im August 1914 zum Kriegsdienst eingezogen, wurde seit September 1918 vermißt und gilt seit Dezember 1920 als gefallen.

Kollege **Richard Fröhlich**, Chemigraph aus Berlin, geboren am 2. März 1892, Mitglied seit 1. Oktober 1911 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 12. April 1908) wurde im August 1914 zum Kriegsdienst eingezogen, galt seit 5. November 1918 als vermißt und wurde im Dezember 1920 für tot erklärt.

Kollege **Bernhard Riedel**, Lithograph aus Breslau, geboren am 28. Februar 1883, Mitglied seit 6. April 1901, wurde bei den Kämpfen in Rußland seit 7. Oktober 1914 vermißt und am 25. November 1919 vom Amtsgericht Breslau für tot erklärt.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Vorstandsvorstand.**

Berichtigung.

In Nr. 40 der »Graphischen Presse« vom 1. Oktober 1920 haben wir unter den Kriegsoptern den Kollegen **Joseph Pohl**, Lithograph, geboren am 30. April 1888 in Schönlinde bei Kumburg in Böhmen als gefallen gemeldet. Wie uns mitgeteilt wurde, ist Kollege Pohl in Sibirien in Gefangenschaft gewesen, aus der er im Januar 1921 zurückgekehrt ist. Wir berichten dieses mit Freuden und wünschen ihm noch ein recht langes Leben. **Der Vorstandsvorstand.**

Lebensstellung!

Gesucht tüchtiger

Fräser und Nachschneider sowie perfekte Andrucker

Nur beste Kräfte wollen ausführliche Bewerbungsschreiben einsenden an **Richard Labisch & Eisler, Graph. Kunstanstalt Hamburg 1, Mönckebergstraße 8.**

Erstklassige

Maschinenretuscheure

sucht

Walter Artus, Wandsbek (Hamburg) Jentfelder Straße 9.

Retuscheure

für Maschinenarbeiten, tüchtig im Fach, sofort gesucht.

Meisenbach, Riffarth & Co., Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 8.

Tüchtig. Kopierer

und prima

Maschinenretuscheur

sofort gesucht. Proben und Gehaltsansprüche an

Hermann Kiehne, Köln Clemensstraße 1.

Kollegen erhalten den Vertrieb gern gekaufter Gebrauchsartikel. Guter Verdienst. Anleitung und Muster gegen 2,50 Mark von **M. Friebe, Leipzig-Stötteritz, Arnoldstraße 9.**

Durchlichtung. Für Graphiker

Auf gekörnte und glatte Zinkplatten verwendbar. Das einfachste und absolut sicherste Copierverfahren. D. R. P. Ph. Müller. Auskunft und Verkauf durch **Karl Mess, Berlin SO. 36, Wiener Straße 50.**

Für Formstechereien und Tapetenfabriken

1000 Stück Flanschen für Oldruckwalzen

aus einem Stück rein gedreht, neu, geg. Höchstgebot zu verkaufen. Offerten unter C. 100 an die Expedition der »Graphischen Presse«.

Gute Ton-Schneidemaschine

für Xylographen, zu kaufen gesucht **Herm. Entenmann, Chemigraph Stuttgart, Kanzleistr. 11, III.**

neu erschienen der praktische Ratgeber:

Das Reklame-Klischee und seine Vorteile

mit 49 illust. Beispielen und wichtigen Aufschlüssen der Reproduktions- und Drucktechnik von Hans Ekstein.

Höchste Anerkennung der Fachpresse.

Inhaltsübersicht: Die Wichtigkeit der Klischees im Buchdruck. — Die Unterschiede der Klischees und ihre nähere Bezeichnung sowie ihr Werdegang. — 1. Der Holzschnitt (Xylographie). — 2. Die Strichätzung (Zinkographie). 3. Die Autotypie (Halbtonätzung) u. ihre Rasterunterschiede illust. dargestellt. — 4. Das Galvano. — 5. Die Stereotypie. — Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? — Die Technik zum Größenverhältnis. — Praktische Maßgabe. — Die negative Wirkung des Insetklischees mit illust. Beispielen. — Farbige Tonplatten (und praktische Hilfsmittel bei Reklamendrucksachen. — Der Dreifarbenruck. — Das Wichtigste der Positiv-Retouche bei industriellen Aufnahmen. Ihre Technik und Ausführung mit illust. Beispielen. — Strich- und Halbtonkombination durch Rasterzüge für Reklamewecke illust. dargestellt. — Die Kischee-Montage. — Die Abnutzung der Klischees und die Ursache. :: Bestellungen per sofort **Mk. 5,50** bei **Oswald Thomas. — Verlag Leipzig-Gohlis. Pestscheckkonto Leipzig 52817**



Teilschuldverschreibungen

der Grosseinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg

Jederzeit erhältlich in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mk.

Verzinsung im Jahr

5 1/2 %

Gedruckte Bedingungen sind in allen Konsumvereinen zu haben oder abzufordern bei der Grosseinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg 1, Besenbinderhof 52